

## **Beschluss des Landrats vom 14.09.2023**

Nr. 46

### **12. Gesundheit und Lebensumstände bei Menschen mit Migrationshintergrund** 2021/183; Protokoll: gs/ps

Im Postulat von Marco Agostini geht es um die vielen Hürden und Schwierigkeiten, mit denen Menschen mit Migrationshintergrund konfrontiert sind, sagt Kommissionspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP). Diese Hürden führen bei vielen von ihnen zu physischen und psychischen Belastungen, was sich negativ auf ihre Gesundheit auswirkt. Das führt automatisch zu mehr Besuchen bei Ärztinnen und Ärzten und in Spitälern, zu Arbeitsausfällen und zu höheren Gesundheitskosten. Marco Agostini wollte deshalb vom Regierungsrat wissen, wie die allgemeine Gesundheit der Betroffenen verbessert werden könne.

Der Regierungsrat stellt in seinem Bericht fest, dass das Problem nicht darin besteht, woher die Leute kommen, sondern wie sie ausgerüstet sind, wenn sie in die Schweiz kommen. Also nicht die Herkunft, sondern der sozioökonomische Status entscheidet, wie gut sie mit den Problemen fertig werden. Zu den negativen Einflüssen gehören ein niedriger Bildungsstand, tiefes Einkommen, prekäre Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit oder stark hierarchische Familienstrukturen. Möchte man die Lage für diese Leute verbessern, betrifft das nicht nur das Gesundheitswesen, sondern – neben den persönlichen Integrationsbemühungen – auch die Bildung, den Arbeitsbereich oder das Wohnungswesen.

Der Kanton strebt mit eigenen Strategien und vielfältigen Angeboten an, die Benachteiligungen von Personen mit Migrationshintergrund zu reduzieren. Dazu gehören Angebote des SRK und des kantonalen Aktionsprogramms der Gesundheitsförderung wie «schritt:weise», «mitten unter uns» «Spirit», «Femmes-Tische», «mamamundo» oder Angebote der kantonalen Psychiatrie und des UKBB sowie der Suchtberatungsstelle «Musub». Die zuständigen Stellen sind beauftragt, bei ihren Vorhaben den spezifischen Bedürfnissen dieser Population besondere Beachtung zu schenken. Eine bessere Verfügbarkeit von Informationen und Angeboten in einfacher Sprache sollen der besseren Orientierung dienen. Der Gesundheitsbereich soll auch ins Kantonale Integrationsprogramm (KIP 3) aufgenommen werden.

Die Kommission hat die Vorlage am 30. Juni 2023 in Anwesenheit von Vertreterinnen und Vertretern der VGD behandelt. Eintreten war unbestritten. Die Kommission hat zur Kenntnis genommen, dass der Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Gesundheit nicht kausal begriffen werden kann, sondern der sozioökonomische Status und das Bildungsniveau massgebend sind. Aus Südost/Südwest eingewanderte Menschen sind in der Schweiz im Durchschnitt gesundheitlich am meisten herausgefordert, sie haben tendenziell auch ein geringeres Einkommen und mehr Bildungsnachteile als Einheimische. Viele Frauen mit Migrationshintergrund reden wenig Deutsch, sie werden von ihren männlichen Verwandten aber auch nicht gerade dazu aufgefordert und motiviert. Ihre isolierte Situation führt dann oft zu Depressionen und Angstzuständen, so dass sie medizinische Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Ein Drittel der Frauen aus Südwesteuropa zeigt gemäss Untersuchungen Anzeichen für einen mittleren bis hohen Grad an psychischer Belastung – deutlich mehr als Frauen mit einem schweizerischen Hintergrund. Wie die Direktion ausgeführt hat, ist im KIP 3 auch eine Massnahme enthalten, um das Gesundheitspersonal für solche Situationen zu sensibilisieren und im Umgang mit den betroffenen Personen zu schulen. Dazu gehört auch der Einsatz von interkulturell Dolmetschenden, was mit einem namhaften Betrag über vier Jahre ermöglicht werden und ab 2024 starten soll. Der Einbezug von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie die Anhörung und Mitwirkung der Betroffenen und deren partizipative Einbindung in die Prozesse sind weitere vorgesehene Schritte.

Ein kleiner Teil der Kommission hat festgehalten, dass es bereits heute ein üppiges Angebot an

Massnahmen gibt. Man würde erwarten, dass dadurch die gesundheitlichen Probleme verringert werden, was jedoch nicht der Fall sei. Deshalb solle laut der Kommissionsminderheit nicht vergessen werden, dass Migration zwar Chancen, aber auch Risiken für die Zielgesellschaft beinhalte. Die Kommission beantragt mit 11:1 Stimmen bei 1 Enthaltung, das Postulat 2021/183 abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

**Markus Graf** (SVP) dankt zunächst für die ausführliche Beantwortung des Postulats. Es gibt auch in der Gesundheitsförderung fast nichts, was es nicht gibt, um das Wohlbefinden der ausländischen Mitbewohner zu verbessern. Das KIP lässt grüssen. Ein Programm ist dem Redner ganz speziell ins Auge gestochen. Die Kommissionspräsidentin hat es nicht erwähnt. Es ist das Projekt Mädchenbeschneidung. Das wäre – dies an Marco Agostini – einen Vorstoss wert. Ein solcher Vorstoss würde sicher auch in der SVP auf breites Interesse stossen. Leider hat sich die Kommission nicht gefragt, wie stark die vielen Angebote überhaupt nachgefragt werden – und wie gross der Nutzen für die Teilnehmenden überhaupt ist. Das wird die SVP aber zu einem späteren Zeitpunkt sicher noch aktiv angehen. Die Dämpfung der Kosten im Gesundheitswesen ist eine der grössten Herausforderungen für die Politiker im ganzen Land. Es ist anzunehmen, dass dieses Thema auch auf dem Radar des neuen Regierungsrats Thomi Jourdan ist. Aus diesem Grund hat das Postulat eine gute Seite. Man kann nämlich darüber reden, wenn man denn will.

Die Fraktion der SVP nimmt diesen Ball gerne auf, um auf gewisse Missstände hinzuweisen – welche dazu beitragen, dass die Prämien immer nur steigen. Nach wie vor sind die hohen Krankenkassenprämien laut Sorgenbarometer die grösste Sorge im Land; zumal die Kosten nur in eine Richtung zeigen – nach oben. Für nächstes Jahr sind rund 7 bis 10 % Zuwachs auf alle Prämien prognostiziert, wie man erst kürzlich lesen konnte. Ein Punkt unter vielen ist, wie stark die Migration in unser Land die Gesundheitskosten von Herrn und Frau Schweizer belastet. Und nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ausländer sind sicher nicht schuld an den hohen Prämien. Schuld sind die Politiker und die Bürger in diesem Land, die das Angebot und die Leistungen immer weiter ausbauen – und so das System weiterhin stützen.

Corona hat die Thematik der mit Migranten überfüllten Intensivstationen (auch im Zusammenhang mit Übergewicht – man konnte es im Bericht sehen) erstmals thematisiert. Es dürfte den meisten noch in bester Erinnerung sein. Aber auch der Pflegenotstand und der Ärztemangel sind dadurch stärker in den Fokus gerückt – dies hat sogar zu einer vom Volk angenommenen Pflegeinitiative geführt. Das hat aber seinen Preis – er ist hoch, für das ganze Land. Was man seit Jahren auf den Strassen, in der Bahn oder bei der Überbauung des Kulturlands spürt, kommt langsam auch im Gesundheitswesen ans Licht. Das System kommt an den Anschlag. Überfüllte Notfallstationen mit Leuten aus aller Herren Länder, die mit dem hiesigen Gesundheitssystem nicht vertraut sind, Rettungsdienste, die am Anschlag laufen, Pflegende und Ärzte mit angehäuften Überstunden, weil die Spitäler konstant unterbesetzt sind – und was ist die Antwort der Politik? Ein Leistungs- und Angebotsausbau auf Kosten der Prämien- und Steuerzahler. Doch diese Kosten sind grösstenteils selbst gemacht. In den letzten 20 Jahren ist die Bevölkerung in der Schweiz jährlich im Schnitt um 75 000 Leute gewachsen. Die Abwanderung hingegen war gering. Im Jahr 2022 wuchs die Bevölkerung sogar um rund 180 000 Leute. Da sind 80 000 Leute enthalten, die sowieso jedes Jahr kommen, sowie rund 25 000 Asylanten, die gemäss Bund in den 70 Tagen der Registrierung beim Bund je Gesundheitskosten von fast CHF 1000 verursachen – obwohl der allergrösste Teil aus jungen, gesunden Männern besteht. Die Kosten von Kanton und Gemeinden kommen dann noch dazu und sind oft schwierig zu erheben. Dann kommen – leider infolge des Kriegs – auch noch 75 000 Schutzbedürftige aus der Ukraine hinzu.

Wie neueste Zahlen belegen, braucht es für die 180 000 Leute schweizweit rund 800 neue Spitalbetten und zirka 4700 Pflegende und nochmals rund 800 zusätzliche Ärzte – nur um die frisch Zu-

gewanderten zu pflegen. Wenn man dies auf die letzten Jahre hochrechnet, kommt man auf rund 50 000 Pflegekräfte, die nötig sind. Es ist kein Wunder, dass sie an allen Ecken und Enden fehlen. Just diese Argumente hat man in den letzten 20 Jahren gar nie hören wollen: Die Zuwanderung wurde als *der* Wohlfaktor schmackhaft gemacht. Wie bereits erwähnt: Die ausländische Migrationsbevölkerung ist nicht schuld an den hohen Prämien – aber sie trägt einen nicht unwesentlichen Teil dazu bei. Vor allem wenn man die Leistungen einbezieht, die über Prämienverbilligungen, gemeinwirtschaftliche Leistungen für die Notfallstationen, Dolmetscherkosten, Sicherheitskosten und all die zuvor aufgelisteten Gesundheitsförderungsprogramme und Beratungsstellen hinzurechnet.

Um die Probleme zu lösen, muss man alle Puzzle-Teile kennen und analysieren. Langsam dämert es den Leuten, denn es tut weh im Portemonnaie. Gerade im Gesundheitswesen muss endlich etwas passieren. Es wird nach wie vor laufend ausgebaut, der Tisch wird immer reicher gedeckt – und die Leute greifen dementsprechend zu. Ein Angebotsausbau oder die Rekrutierung von ausländischen Pflegekräften, welche anschliessend die Eingewanderten pflegen können, sind sicher nicht die Lösung. Das Hamsterrad dreht weiter – mit Folgen für alle und für das Portemonnaie. Es wäre schön, wenn alle Politiker von links bis rechts die Sorgen ernst nehmen würden – und alle Faktoren für eine Verbesserung der Situation ansehen würden. Eine Diskussionsverweigerung in Sachen Zuwanderung wird das Land nicht weiter bringen – im Gegenteil: Just die hervorragenden Sozialwerke in unserem Land sind in allergrösster Gefahr, wenn man so weiter macht. Der Redner freut sich auf eine angeregte Diskussion. Die SVP-Fraktion wird das Postulat danach einstimmig abschreiben.

**Pascale Meschberger (SP)** sagt, der Vorredner habe die Debatten verwechselt – es geht in diesem Postulat, für dessen Einreichung Marco Agostini zu danken ist, nicht um das Gesundheitswesen. Es geht um den Gesundheitszustand der Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dem Regierungsrat sei für den hervorragenden Bericht gedankt, der das Gefühl, das in der Bevölkerung herrscht, mit Zahlen unterlegt. Im Spital, das kann man sagen, hat man immer den Eindruck, dass Leute mit Migrationshintergrund eine schlechtere Konstitution haben respektive dass sie häufiger krank sind. Das ist tatsächlich so. Der Bericht bleibt aber nicht an diesem Punkt stehen. Es geht nicht darum, dass diese Leute das Gesundheitswesen aus Spass mehr brauchen. Sie sind kränker. Da stellt sich doch die Frage, warum das so ist. Das beantwortet der Bericht relativ gut. Es geht nicht (oder nicht in erster Linie) um kulturelle Unterschiede, sondern darum, dass diese Leute schlicht einen geringeren sozioökonomischen Status haben. Der Bericht zeigt sehr schön auf: Schweizerinnen und Schweizer, die genau gleich leben müssen wie Migrantinnen und Migranten, weisen den gleichen Gesundheitszustand auf. Es geht also nicht um eine Asyl- oder Ausländerdebatte. Es ist sehr geschmacklos, was hier gemacht wird. Im Gegenteil: Man ist mitverantwortlich, dass es allen, die in der Schweiz leben, auch gesundheitlich besser geht. Es ist sehr despektierlich, wenn man diese Thematik derart abkanzelt.

Nun stellt sich die Frage, wo die eigene Verantwortung liegt. Es ist beeindruckend, was der Kanton alles anbietet. Es sind ganz viele Projekte des Kantons, aber auch von privaten Institutionen, die sehr viel Unterstützung leisten. Es scheint ein Körnchen Wahrheit in den Aussagen der SVP zu sein, wenn sie sagt, das Angebot komme nicht bei allen an. Vielleicht besteht auch dort wieder ein Unterschied sozioökonomischer Art – dass nämlich jene Kreise, welche die Beratung wirklich brauchen würden, gar nicht die Chance haben oder nicht wissen, wo sie sich hinwenden müssten. Was man auf der Notfallstation auch beobachtet (wenn man denn sagt, diese Leute wüssten nicht, wie man das Gesundheitswesen nutzen sollte): Als Schweizerin oder Schweizer wächst man mit dem Familienarzt oder der Familienärztin auf. Andere Kulturen kennen das vielleicht nicht in dieser Form. Das ist aber nicht der wichtigste Punkt. Es wird nie davon gesprochen, dass viele Leute mit Migrationshintergrund zuerst auf die Notfallstation kommen, weil sie gar nicht anders können. Sie

haben vielleicht ihre Krankenkassenprämien nicht mehr begleichen können. Sie können also gar nicht zu ihrem Hausarzt oder ihrer Hausärztin, weil diese sie gar nicht aufnehmen wird. Da muss man ebenfalls überlegen, was man macht – weil der Notfall dreimal teurer ist. Der Kanton arbeitet bereits daran und hat eine Armutsstrategie geschaffen – wenn man sie konkret und gut umsetzt, hat man viel mehr erreicht für einen guten Gesundheitszustand der Migrationsbevölkerung, aber auch von allen Menschen. Es sind sicher noch andere Dinge anzupacken – und es gibt in den Spitälern und im Gesundheitswesen noch Luft nach oben. Die interkulturelle Verständigung kann sicher auch noch verbessert werden – da gibt es noch viel zu tun (dort kommt aber vielleicht der Personalmangel dazu). Weiter besteht auch ein Wunsch, der aber nicht in der Macht des Landrats liegt: Es gibt sehr viele syrische, türkische Ärztinnen und Ärzte, die hierher kommen. Könnten sie arbeiten, wäre dies auch eine grosse Hilfe.

**Sven Inäbnit** (FDP) will sich viel kürzer halten als die Vorrednerin und der Vorredner. Der Bericht wurde in der Kommission zur Kenntnis genommen. Das Postulat ist erfüllt. Es war eine umfassende Analyse der Möglichkeiten zur Unterstützung der Menschen mit Migrationshintergrund. Es ging darum, dies zu beurteilen. Es ist im Bericht der Kommission festgehalten, dass wahrscheinlich auch die Information über die vielfältigen Angebote ein Thema sein kann. Die Fraktion ist aber – rein auf das Postulat bezogen – von den Antworten befriedigt und wird es abschreiben. Die Diskussion, welche die SVP zu den Auswirkungen der Migration anregt, gehört an eine andere Stelle und nicht zur Beantwortung des Postulats.

**Marco Agostini** (Grüne) wendet sich an Markus Graf, der dem Redner immer wieder vorwirft, er würde sich zu allen Themen äussern. Das hat in jüngster Zeit etwas abgenommen, wie man im letzten halben Jahr bemerken konnte. Der Redner hat aber Freude, dass sein Widerpart sich mit so vielen Themen beschäftigt. Es ist erstaunlich, wie es möglich ist, bei diesem Postulat zu Finanzen, Gesundheitswesen, Zuwanderung, Medizin und Arbeitswelt zu reden. Es ist auch toll, dass der angesprochene Landrat sich mit diesen Themen beschäftigt hat. Es kann auch garantiert werden, dass man sich nicht verwehren wird, wenn eine Diskussion über die Zuwanderung stattfinden soll. Der Redner dankt dem Regierungsrat und der Kommission für die Beantwortung. Er ist einverstanden mit der Abschreibung – es steht viel Gutes im Bericht. Das Problem wurde erkannt bzw. es lief schon vorher viel. Das Thema muss aber weiter angegangen werden. Die Abschreibung ist in Ordnung.

**Marc Scherrer** (Die Mitte) spricht zunächst zum Postulat, um das es hier ja geht. Die Fraktion ist mit den Diskussionen der Kommission einverstanden – wie auch mit der Antwort des Regierungsrats. Man sieht die Bemühungen des Kantons hinsichtlich dieser Thematik. Das Postulat kann somit mit gutem Gewissen abgeschrieben werden.

Als Reaktion auf den Seitenhieb von Markus Graf respektive der SVP (ohne eine Parteidiskussion anschieben zu wollen): Markus Graf hat gesagt, die Politiker schauten weg oder trauten sich nicht, sich der Diskussion zur Finanzierung im Gesundheitswesen zu stellen. Es wäre interessant zu hören, was genau damit gemeint ist. Es sei daran erinnert, dass der Vorgänger des heutigen Gesundheitsdirektors zur SVP gehörte. Der Landrat hat auch in Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat eine Strategie «Fokus» verabschiedet, welche unter anderem kostendämpfende Massnahmen für die Gesundheitsregion zur Folge hat. Die Parteien und Kantonsparlamentarier haben sich lang und intensiv mit dieser Strategie auseinander gesetzt. Sie wurde hier drinnen mit einer grossen Mehrheit verabschiedet – man hat gesagt, dies sei der richtige Weg. Eine Klammerbemerkung: Die Strategie «Fokus» wird man wieder aufgreifen müssen – diese ist noch nicht der Weisheit letzter Schluss und es gibt viele Fragen, die man diskutieren muss. Es ist aber wichtig zu sagen, dass man nicht einfach wegschaut. Solche Dinge sind relativ einfach und schnell gesagt, entsprechen aber nicht den Fakten. An einer der letzten Landratssitzungen kurz vor den Sommer-

ferien wurde ein Vorstoss der FDP-Fraktion zur Überprüfung des gemeinsamen Gesundheitsraums Basel absolut zu Recht überwiesen. Markus Graf war ebenfalls dabei. Damit sollten der Regierungsrat und insbesondere Regierungsrat Thomi Jourdan beauftragt, mit Basel-Stadt die Diskussion aufzunehmen und zu schauen, was der gemeinsame Gesundheitsraum bringt. Der Vorstoss ist pendent. Die SVP wird ja später eine Eintretensdebatte zum UKBB-Traktandum verlangen, was die Mitte-Fraktion unterstützt. Auch das ist ein Thema, das man in der Kommission diskutiert hat und nun im Landrat diskutieren wird; man schaut auch hier nicht weg. Es ist einfach zu sagen, es würden alle wegschauen, während die Gesundheitskosten ins Uferlose steigen. Das ist nicht der Fall. Zumindest nicht im Parlament. Dass es ein Problem mit den Krankenkassenprämien gibt, ist bekannt. Jetzt kann man sich die Frage stellen, ob dies eine Aufgabe des Landrats oder ob es nicht in erster Linie die Aufgabe von Alain Berset war, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten verschlafen wurde – oder ob nicht in zweiter Linie das Bundesparlament gefragt ist. Der Redner meint, dass es nicht primär eine kantonale Aufgabe ist, sondern eine Aufgabe des Bundesparlaments. Der Landrat muss sich auf die Bereiche beschränken, auf die er Einfluss hat – das betrifft den gemeinsamen Gesundheitsraum und die Spitalstrategie «Fokus».

Weiter sollen einige Fakten zu den Gesundheitskosten ins Spiel gebracht werden: Am Ende des Tags ist der Finanzierungsbereich das grössere Problem als der Kostenanstieg. Wenn man die Gesundheitskosten mit den Nachbarstaaten vergleicht, ist man ungefähr im Einklang. Man redet etwa von 12 % des BIP, welche die Gesundheitskosten in der Schweiz ausmachen. Das ist im Vergleich zu anderen Ländern nicht deutlich höher. Das Problem – dies im Einklang mit Markus Graf und wohl auch mit allen Landräten – liegt bei den Krankenkassenprämien. Hier hat ein Kantonsparlament aber nur bedingt Einfluss. Man kann Einfluss nehmen, wenn es darum geht, den Mittelstand zu entlasten – etwa mit Prämienverbilligungen etc. Diese Diskussion muss aber separat geführt werden. Es war – dies abschliessend – nicht die Idee des Postulats, eine grundsätzliche Gesundheitsdebatte zu führen. Es war aber wichtig, einige Fakten ins Spiel zu bringen. Pauschalverurteilungen hingegen entsprechen nicht den Fakten. Die Fraktion ist für die Abschreibung des Postulats.

**Tim Hagmann** (GLP) sagt, die GLP-Fraktion sei gerne bereit, über die Kosten der Migration zu sprechen. Jedoch muss dann auch über den Nutzen der Migration diskutiert werden. Die Migration ist in der Schweiz eine über 100-jährige Erfolgsgeschichte: Viele Ausländerinnen und Ausländer – Nobelpreisträger, Firmengründer etc. – leisten einen grossen Beitrag. Eine kleine Minderheit braucht Hilfe, und diese soll ihr angeboten werden. Dies tut der Kanton auch. Dadurch können gewisse Kosten minimiert werden. Die GLP-Fraktion ist für Abschreibung des Postulats.

**Gzim Hasanaj** (Grüne) äussert, es seien viele Dinge gesagt worden, die man nicht so stehenlassen könne. Ein Lob geht an Markus Graf für seinen Erfindungsgeist, denn der Redner hat die von ihm erwähnten Punkte trotz aufmerksamer Lektüre des Berichts nicht gefunden; dieser hat die zentrale Aussage des Berichts verpasst – sie lautet: Die Gesundheitskompetenz hängt mit den sozioökonomischen Lebensbedingungen einer Person zusammen und ist kein Migrationsproblem. Statt eine ganze Bevölkerungsgruppe zum Sündenbock zu machen, wäre man besser beraten, zusammenzuarbeiten, um die Lebensbedingungen zu verbessern. Während der Rede musste der Redner an Max Frisch und sein Zitat denken: «Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen.» Menschen haben Bedürfnisse und werden krank. Die Migranten sind ein wichtiger Faktor für die Schweizer Wirtschaft. Und wenn sie nicht gesund sind, wirkt sich das auf die Wirtschaft aus. Dies müsste allen, sogar der SVP-Fraktion, bewusst werden.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 87:0 Stimmen wird das Postulat 2021/183 abgeschrieben.

---